

„Ein alarmierendes Signal“

Warthauer Räte warnen vor geplanter Satzungsänderung zum IGI

Von Andreas Spengler

Warthausen

Wie dürfen künftig Entscheidungen im Zweckverband zum geplanten interkommunalen Industriegebiet im Rißtal (IGI) gefällt werden? Über diese Frage ist ein Streit entbrannt. Der Warthauer Gemeinderat befürchtet, dass er bei künftigen Mehrheitsentscheidungen leicht überstimmt werden könnte und sieht die Souveränität der Gemeinde in Gefahr. Jetzt bringt ein Ratsmitglied sogar einen Austritt aus dem Zweckverband ins Gespräch.

Mehrmals hatte der Schemmerhofer Bürgermeister und IGI-Verbandsvorsitzende Mario Glaser betont, dass er keine Entscheidung in Sachen IGI gegen den Willen der Warthauer fassen wolle (SZ berichtete). Nur: Das Misstrauen in Warthausen ist weiterhin groß. Einige Räte hatten sich zudem daran gestört, wie unter anderem im Schemmerhofer Rat über die Warthauer Kollegen gesprochen wurde. Dort sei der Warthauer Gemeinderat „belächelt“ worden, sagte das Ratsmitglied Heribert Moosmann (ÖBB).

Eindringlich hat Moosmann nun davor gewarnt, das Einstimmigkeitsprinzip in den IGI-Verträgen aufzugeben. Sollte das dennoch rechtlich nötig sein, müssten die übrigen Verbandsmitglieder schriftlich versichern, dass die Beschlüsse auch weiterhin einstimmig gefasst würden.

Moosmann erklärte, es gefalle ihm nicht, wie „rücksichtslos“ mit der Gemeinde umgegangen werde. Er selbst sei ein Befürworter des geplanten IGI, sehe aber in der geplanten Satzungsänderung ein „ganz alarmierendes Signal“. Schon der Sitz des Zweckverbands hätte „niemals“ nach Schemmerhofen abgegeben werden dürfen. In Richtung der Warthauer Verwaltung nannte er dies „eine Flucht aus der Verantwortung“.

Durch die Satzungsänderung werde den Räten nun „die letzte Möglichkeit genommen, beim IGI noch mitzuentcheiden“. Würde das Industriegebiet etwa im Biberaacher Wolfental oder auf einer Wiese in Schemmerhofen umgesetzt werden, könnte er auch mit dem Mehrheitsprinzip im Zweckverband leben. Aber in der Realität seien schließlich vor allem Warthauer Bürger betroffen.

Daher forderte Moosmann in einem Antrag, die Warthauer Verwaltung müsse die drei weiteren Mitglieder des Zweckverbandes auffordern, innerhalb von 14 Tagen schriftlich gegenüber der Gemeinde Warthausen zu bestätigen, dass sie bei Entscheidungen des Verbands an der einst vereinbarten Einstimmigkeit festhalten. Sollte dies nicht geschehen, behalte er sich vor, einen Austritt aus dem Verband juristisch prüfen zu lassen. Für bedenklich halte er zudem, dass bereits viele Beschlüsse auf Grundlage der bestehenden Verbandsatzung gefasst worden sind. „Diese müssten dann auch rechtswidrig sein“, sagte er und fügte wütend hinzu: „Wir werden hier wohl einfach verarscht.“ Dafür sprächen auch die Dringlichkeit der Satzungsänderung und der Zeitpunkt.

Ratsmitglied Franz Schuy (CDU), ebenfalls ein Befürworter des IGI, stimmte Moosmann größtenteils zu. Schuy warnte zudem vor einem Beitritt Warthausens zu Biberach. „Dann wären wir tatsächlich nur noch auf das Wohl von Biberach angewiesen.“

IGI-Zweckverbandsvorsitzender Glaser wollte sich auf Nachfrage der „Schwäbischen Zeitung“ nicht zu dem Antrag äußern. Glaser verwies auf die anstehende Verbandsversammlung des Zweckverbands, in der sich der Verband „sachlich mit der Satzungsänderung auseinandersetzen“ wolle. Die Sitzung findet Donnerstag, 16. Dezember, ab 14 Uhr in der Warthäuser Festhalle statt.
